



Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Zivile und militärische Komponenten im Nachkriegs-Wiederaufbau - Chancen und Risiken einer ungewohnten Nachbarschaft -

Dokumentation des Fachgesprächs am 4. Dezember 2003 in der
Katholischen Akademie Berlin

Daniel Lambach

Mitveranstalter und Mitherausgeber:



Friedrich-Ebert-Stiftung

und



**Institut für Entwicklung und Frieden
(INEF) der Universität Duisburg-Essen**

Gefördert durch



Auswärtiges Amt

Impressum

Zivile und militärische Komponenten im Nachkriegs-Wiederaufbau - Chancen und Risiken einer ungewohnten Nachbarschaft. Dokumentation des Fachgesprächs am 4. Dezember 2003 in der Katholischen Akademie Berlin

Bearbeitung: Daniel Lambach

Veranstalter des Fachgesprächs und Herausgeber der Dokumentation: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

Förderer: Die Vorbereitung und Durchführung des Fachgesprächs wurde aus Mitteln des Auswärtigen Amtes "Friedenserhaltende Maßnahmen" gefördert und durch die Gruppe Friedensentwicklung, (FriEnt) unterstützt. Den Druck der Dokumentation hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht.

Druck: Druckerei Eberwein, Bonner Straße 101, 53173 Bonn

Bezug: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Koordination, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Telefon: 030-54 71 43 21, Fax: 030-54 71 43 22, eMail: koordination@konfliktbearbeitung.net. Homepage: www.konfliktbearbeitung.net

Copyright: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Berlin, Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
I. Eröffnung und Einführung	6
II. Zivil-militärische Zusammenarbeit.....	7
a. Praktische Ebene.....	7
b. Konzeptionelle Ebene.....	10
III. Zusammenfassung.....	13
Anhang I: Liste der TeilnehmerInnen.....	14
Anhang II: Kurzvorstellung Institut Entwicklung und Frieden (INEF), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und Charta der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.....	16

Vorwort

Der zunehmende internationale Einsatz des Militärs in Prozessen der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung wirft viele neue Fragen auf, sowohl bezüglich der Planung ziviler und militärischer Einsätze und Projekte in Krisengebieten als auch hinsichtlich der Ausgestaltung der konkreten Zusammenarbeit zivilen und militärischen Personals vor Ort: Mit welchen Zielen planen verschiedene Akteure einen Einsatz im Krisengebiet? Welche Unterstützung der eigenen Zielsetzungen (Sicherheit, zivile Konfliktbearbeitung, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wiederaufbau) wird von der jeweils anderen Seite erwartet oder gar vorausgesetzt? Kennen die zivilen Akteure – auf der Planungs- wie der Projektebene – die Einsatz-Ziele und -Strategien des Militärs? Verstehen die militärischen Akteure – auf den verschiedenen Hierarchiestufen – Herangehensweise und Konzepte entwicklungspolitischer Maßnahmen sowie die Ansätze Ziviler Konfliktbearbeitung? Sind sich alle von außen eingreifenden Akteure ihrer Einflüsse auf den Konflikt, seine Parteien und Austragungsformen ausreichend bewusst? Sind die Maßnahmen so ausgestaltet, dass sie nicht nur dem *Do-no-harm*-Prinzip entsprechen, sondern auch einen Beitrag zur Verminderung des Konfliktpotenzials und zur konstruktiven Konfliktbearbeitung – also zu Prozessen der Konfliktransformation – leisten? Und welche Gefahren drohen einer Politik der Krisenprävention, wenn das Militär demokratischer Staaten solch menschenverachtende Praktiken, wie sie jetzt von den Besatzungstruppen im Irak bekannt geworden sind, nicht ausschließen und verhindern kann?

Solche Fragen stellen sich nicht nur bezogen auf jedes einzelne Projekt und jeden Einsatz, sondern auch bei der kritischen Analyse krisenpräventiver und friedenskonsolidierender Maßnahmen im Hinblick auf ihre – nachhaltige – Wirksamkeit. Gerade im Hinblick auf eine verbesserte Kohärenz der Krisenprävention, wie sie jetzt auch mit dem jüngst verabschiedeten Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" der Bundesregierung angestrebt wird, müssen Antworten gegeben werden, die nicht nur innerhalb der Bundesregierung zwischen unterschiedlichen Fachressorts, sondern auch mit nicht-staatlichen Akteuren intensivierete Kommunikationsprozesse erfordern. Diesen Austausch und die Diskussion der Ziele und Herangehensweisen unter allen Beteiligten – entwicklungspolitischen Akteuren, humanitären Hilfsorganisationen, Militärs, etc. – zu ermöglichen und voranzutreiben, diene das hier dokumentierte Fachgespräch. Nur *mit* den Beteiligten vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen lässt sich erörtern, wie die Beziehungen zwischen militärischem und nicht-militärischem Personal in Krisen- und Konfliktregionen beschaffen sein müssen, um konstruktiv und nachhaltig auf die Entwicklungen vor Ort einwirken zu können.

Um die Beteiligten dieser nicht immer ganz einfachen Nachbarschaften miteinander ins Gespräch zu bringen, hat die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und der Friedrich-Ebert-Stiftung das hier dokumentierte Fachgespräch initiiert und organisiert. Die Erfahrungen zeigen, dass internationale Bemühungen um Konfliktbearbeitung und -regelung besonders dann Erfolge zeitigen, wenn sie von staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren in multilateraler Zusammenarbeit mit vielfältigen Konzepten und Instrumenten, aber untereinander abgestimmt, umgesetzt werden. Ausgehend von diesem Wissen entstand in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung im Kontext der Diskussionen um eine deutsche

Beteiligung an Auslandseinsätzen in Afghanistan die Idee, schon vorhandene und gemachte Erfahrungen militärischer wie ziviler bundesdeutscher Akteure bei der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu sammeln und zu reflektieren. Dabei sollte eine praxisorientierte Bestandsaufnahme zivil-militärischer Kooperation, wie sie vor allem in der Balkan-Region in den vergangenen Jahren praktiziert wurde, im Mittelpunkt der Diskussionen stehen.

Von einem ersten Austausch der verschiedenen Erfahrungen im Rahmen eines eintägigen Fachgesprächs lassen sich keine gemeinsam formulierten Positionen zu einzelnen Fragen oder ähnliche "Ergebnisse" erwarten. Die Wahrnehmung der Unterschiedlichkeit von Perspektiven, Zielen und Herangehensweisen aber ist ein erster notwendiger Schritt, die Kommunikation untereinander zielgerichtet und mit breiterem Wissen fortzusetzen. Mit dem Fachgespräch "Zivile und militärische Komponenten im Nach-Kriegs-Wiederaufbau: Chancen und Risiken einer ungewohnten Nachbarschaft" wurde ein Grundstein dafür gelegt. Damit sich an der Weiterführung dieses Diskurses möglichst Viele beteiligen können, wurde diese Dokumentation erstellt, in der die wichtigsten Themenstränge und Diskussionspunkte des Fachgesprächs festgehalten werden.

Für diese Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen der Veranstaltung danken wir Daniel Lambach, der den Text verfasst hat. Um die redaktionelle Bearbeitung dieser Dokumentation hat sich Anja Dargatz gekümmert, die Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Finanzierung dieser Dokumentation dankenswerterweise übernommen. Planung und Vorbereitung des Fachgesprächs lagen in den Händen von Angelika Spelten und Saskia Sell mit Unterstützung durch Barbara Müller. Zu seinem Gelingen haben neben den interessierten und diskussionsfreudigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, den Moderierenden sowie den Referentinnen und Referenten die Katholische Akademie Berlin durch ein stimulierendes Ambiente und das Auswärtige Amt durch seine finanzielle Förderung dieser Veranstaltung beigetragen. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihre engagierte Mitarbeit, ihre große Kooperationsbereitschaft und die Offenheit, sich auf die aufgeworfenen Themen und notwendigen Dialoge einzulassen, gedankt.

Christoph Weller

I. Eröffnung und Einführung

Das Fachgespräch „Zivile und militärische Komponenten im Nachkriegs-Wiederaufbau –Chancen und Risiken einer ungewohnten Nachbarschaft“ befasste sich mit dem Verhältnis von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und dem Militär in Krisenregionen. Im besonderen wurde die Zusammenarbeit von EZ-Organisationen aus Deutschland mit der Bundeswehr diskutiert. Die Veranstaltung brachte PraktikerInnen von ziviler und militärischer Seite zusammen. Das Ziel war, sowohl die Chancen zu identifizieren, die eine verstärkte Zusammenarbeit mit sich bringt, aber ebenso die Risiken zu benennen, die dadurch entstehen konnten.

Die Veranstaltung wurde eröffnet durch Barbara Müller vom Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Sie erklärte, die Plattform sehe Handlungs- und Gesprächsbedarf über das Verhältnis von zivilen und militärischen Akteuren in Krisengebieten. Die Diskussion solle über zwei Ebenen geführt werden: zum einen die tatsächliche Nachbarschaft „vor Ort“, zum anderen auf einer konzeptionell-strategischen Ebene. Das Gespräch diene als Einstieg in eine längere Diskussion über zivil-militärische Beziehungen, das Thema sollte möglichst auch über die Tagung hinaus verfolgt werden. Jochen Steinhilber, Koordinator des Global Governance-Programms der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) forderte dazu auf, die Diskussion auch unter Beachtung der Perspektive der Länder des Südens zu führen. Würde zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) in den betroffenen Ländern als positiv oder als „neue Besatzung“ wahrgenommen? In diesem Zusammenhang forderte er, über eine Repolitisierung der humanitären Hilfe nachzudenken. Christoph Weller, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, stellte fest, es gebe ein großes Interesse am Thema ZMZ und an Gesprächen mit anderen Beteiligten. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre sei das Thema inzwischen nicht mehr auf rein abstrakter Ebene greifbar, sondern müsse sich auf die konkreten Fragen des Zusammenwirkens vor Ort beziehen. Weller forderte, die entstandenen Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen, um Chancen und Risiken zivil-militärischer Interaktion abzuwägen.

Weller formulierte vier Thesen¹:

- Das Militär hat die längste Erfahrung im Umgang mit Fragen der ZMZ.
- Viele NGOs zeigen gewisse Berührungängste und beschäftigen sich nur zögerlich mit Fragestellungen der ZMZ.
- Es gibt Kommunikationsbarrieren, die eine umfassende Debatte erschweren. Dazu gehören unterschiedliche Werte und Interessen, aber auch ein Unterschied in der Sprache von militärischen und zivilen Akteuren.
- Vor Ort entwickelt sich meist eine sehr pragmatische Form der Interaktion. Die Schwierigkeiten und Erfolge dieser vielfältigen Interaktionen sollen hier thematisiert werden.

¹ Die Thesen reflektierten die Studie: Heinemann-Grüder, Andreas, Pietz, Tobia, Lipp, Daphne: Verhältnis von militärischen und entwicklungspolitischen Komponenten beim Wiederaufbau in Post-Konflikt-Situationen, unveröffentl. Hintergrundpapier des BICC, 2003.

II. Zivil-militärische Zusammenarbeit

a. Praktische Ebene

Um die Möglichkeiten der ZMZ auf praktischer Ebene zu erörtern, wurden zwei Erfahrungsberichte aus der Praxis zivil-militärischer Zusammenarbeit vorgestellt. Dabei kamen je ein Vertreter von ziviler und militärischer Seite zu Wort, die von ihren praktischen Erfahrungen über den beiderseitigen Umgang in der Einsatzsituation berichten sollten. Für die Bundeswehr sprach Oberstleutnant Eduard Szczepanski, Kompaniechef der CIMIC-Kompanie der deutsch-italienischen Battle Group in Rajlovac (Bosnien-Herzegovina). Im Anschluss berichtete Peter Girke (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) von seinen Erfahrungen als Friedensfachkraft des Forums Ziviler Friedensdienst in Prizren (Kosovo).

OTL Szczepanski war von Mai bis November 2003 Kompaniechef der im Rahmen der German-Italian Battle Group in Rajlovac (Bosnien-Herzegovina) eingesetzten CIMIC-Kompanie der Bundeswehr. Er stellte heraus, dass seine Kompanie, ihn eingeschlossen, ohne Kenntnisse über humanitäre Hilfe, NGOs oder ZMZ im allgemeinen in diesen Auftrag gegangen sei. Der Auftrag der CIMIC-Kompanie war in einer Weisung des Einsatzführungskommandos vom Februar 2003 so formuliert: 1. Wiederaufbau öffentlicher Infrastruktur, 2. Unterstützung und Koordination von Maßnahmen zur strukturellen Entwicklung, 3. Unterstützung von und Zusammenarbeit mit „Lachen Helfen e.V.“ (einer von Soldaten getragenen karitativen Maßnahme), 4. Humanitäre Hilfe und 5. Dokumentation aller Bundeswehr-Maßnahmen. Diese Aufgaben seien Teil der militärischen Gesamtstrategie, die CIMIC-Arbeit diene der Unterstützung der militärischen Arbeit der SFOR. Die Arbeit der Kompanie war eingebettet in die deutsch-italienische Battle Group, dabei war die Kompanie Teil der örtlichen Befehlskette.

Die Arbeit der CIMIC-Kompanie war jenseits des militärischen Rahmens eng mit den Tätigkeiten anderer Akteure vernetzt. Es fand ein regelmäßiger Austausch mit der deutschen Botschaft statt, mit der gemeinsam ein monatlicher Jour Fixe organisiert wurde. Dort traf man mit deutschen NGOs und internationalen Organisationen (IOs) zusammen, tauschte Informationen und verhandelte über Kooperations- und Unterstützungsmöglichkeiten. Darüber hinaus gab es weitere Foren ziviler und militärischer Akteure, an denen die Kompanie teilnahm. Ebenfalls monatlich fand ein Treffen der Returnee Reconstruction Task Force (RRTF) statt, einer Unterabteilung des Office of the High Representative (OHR). Dort werden Projekte, die vom OHR entworfen und finanziert werden, an Militärs und internationale NGOs vergeben. Zweimal monatlich traf sich die sog. UNIS-Runde der Battle Group. Hier kam die CIMIC-Kompanie mit VertreterInnen der europäischen Polizeimission in Bosnien-Herzegovina, des OHR, des UNHCR, der GTZ und des Technischen Hilfswerks zusammen. Darüber hinaus kooperierte die Kompanie mit mehreren NGOs in verschiedenen Projekten. Drei Entwicklungstrupps innerhalb der Kompanie arbeiteten an Wiederaufbaumaßnahmen, die bei den RRTF-Treffen mit NGO-Vertreter abgestimmt worden waren. Lachen Helfen e.V., eine von SoldatInnen betriebene Hilfsorganisation, sammelte in Deutschland Sach- und Geldspenden, deren Verteilung die Kompanie vornahm.

Peter Girke war von 1999 bis 2001 als Friedensfachkraft für das Forum Ziviler Friedensdienst (Forum ZFD) in Prizren (Kosovo). Das Forum ZFD ist eine deutsche

NGO mit Sitz in Bonn, die zum einen in Politik und Gesellschaft Lobbyarbeit für den Zivilen Friedensdienst in In- und Ausland betreibt, zum anderen Personen zur Arbeit im ZFD ausbildet. Das zentrale Anliegen des Forum ZFD ist die Herstellung von Versöhnung und Kooperationsbereitschaft, wobei es Kooperation mit militärischen Kräften nicht prinzipiell ablehnt.

Das Büro des Forum ZFD wurde Ende 1999 im deutschen Sektor von Prizren eingerichtet. Die Projekte befassten sich überwiegend mit Versöhnungs- und Dialogarbeit zwischen den verschiedenen Ethnien. Es bestand von Anfang an ein enger Kontakt zur Bundeswehr, insbesondere zum örtlichen CIMIC-Verband. Da die Sicherheitslage zu dieser Zeit noch sehr unsicher war, nahm das Forum ZFD-Team die Unterstützungsangebote der Bundeswehr, z.B. die Nutzung des Feldpostsystems, der Telefone, die Straßenzustandsberichte, die Krankenversorgung, sowie die anfangs noch wöchentlich abgehaltenen Briefings zur Sicherheitslage gerne an.

Auch die KFOR-Seite bemühte sich, den Kontakt zu pflegen und nahm an Koordinierungstreffen der NGOs wie auch an dem vom AA organisierten Jour Fixe teil, wo sie Informationen aus der Basisarbeit erhielt. Im Gegenzug ermöglichte sie den NGOs den Kontakt zu besuchenden VertreterInnen aus den Ministerien und Parlamenten. Anfangs wurde den NGOs auch relativ problemlos die Lagerzugangsberechtigung erteilt, seit dem 11. September 2001 sorgten jedoch Sicherheitsbedenken dafür, dass diese Berechtigungen mittlerweile schwieriger zu bekommen seien. Zu bedenken sei hier aber auch, dass die militärische und zivile Seite in der Frühphase des Einsatzes durch die kritische Sicherheitslage eng zusammengebracht wurden. Girke stellte fest, dass beide Seiten nicht nur an Koordination, sondern auch an Zusammenarbeit interessiert seien. Für die KFOR erhöhten die NGOs das Maß an *force protection*, während die Arbeitsmöglichkeiten des Forum ZFD durch die Verbesserung der Sicherheitslage verbessert wurden. Girke identifizierte drei Probleme:

- Konkurrenz um Mittelzuweisungen: Zuweilen hätten sich NGOs und Bundeswehr um Gelder aus den gleichen Töpfen bemüht.
- Konfliktverschärfung durch militärische Präsenz: Während der Begleitung von serbischen RückkehrerInnen hätten es Forum ZFD-Kräfte vorgezogen, trotz Sicherheitsbedenken ohne militärische Begleitung zu agieren. In den Fällen, wo Schutz durch Militär geleistet wurde, wären erst dadurch radikale Kräfte auf den Plan gerufen worden.
- Geringe personelle Kontinuität der Bundeswehr: Aufgrund der sechsmonatigen Rotation der stationierten Truppen wäre die Koordination im allgemeinen und speziell bei gemeinsamen Projekten sehr schwierig. Auch die Möglichkeit, persönliche Kontakte aufzubauen und zu pflegen, sei dadurch nur sehr begrenzt gegeben.

Abschließend forderte Girke, die Rollen der Akteure sowie die Grenzen der Arbeitsgebiete klar abzustecken und – in Deutschland wie am Einsatzort – Strukturen zu schaffen, in denen Koordination und Austausch stattfinden kann. Als Fazit betonte er, das Forum ZFD sei jederzeit an gegenseitiger Information interessiert gewesen. Die Arbeit sei durch die vom Militär geschaffene Sicherheit erleichtert worden. Er wünsche sich eine „freundliche Distanz“ in der zivil-militärischen Nachbarschaft.

Weitere TeilnehmerInnen sahen kaum Gefahren einer Konkurrenz um Finanzierung. Zwar treffe es zu, dass die Vergabe nationaler Projekte beim Auswärtigen Amt (AA) geschehe. Dies geschehe aufgrund Kriterien humanitärer Bedürftigkeit; NGOs und Militär seien dabei prinzipiell gleichgestellt. Für das laufende Jahr seien die CIMIC-Geldtöpfe jedoch nicht einmal voll ausgeschöpft worden.

Dieser Punkt warf die allgemeinere Frage auf, zu welchem Zweck die Bundeswehr überhaupt CIMIC-Arbeiten tätige und welche Risiken dies berge. Einige TeilnehmerInnen sahen die Bundeswehr aufgrund ihrer vielfältigen Wiederaufbautätigkeiten als eine Art „ziviler Generalunternehmer“. Die Schnittstellen zum originär militärischen Auftrag seien dadurch nicht klar erkennbar. Von Militärseite wurde erläutert, dass diese Arbeit letztlich dem Ziel der *force protection* diene: Durch die Wiederaufbauarbeit gewinne die Truppe an Akzeptanz vor Ort, was einerseits zu ihrer Sicherheit beitrage, andererseits das Durchführen militärischer Maßnahmen erleichtere. Hierzu wurde die Frage aufgeworfen, warum im Rahmen der CIMIC-Arbeit Projekte fremdfinanziert würden (z.B. durch das AA), obwohl diese Arbeit letztendlich dem militärischen Auftrag diene.

Dieses Selbstverständnis der militärischen CIMIC-Arbeit bringt jedoch auch Probleme mit sich. Mehrere TeilnehmerInnen warnten davor, die Profile der Beteiligten zu verwässern und die Position des Militärs durch Involvierung in lokale Belange zu gefährden. Wie Girkes Beispiel anschaulich zeigt, könne eine enge Identifizierung mit militärischen Kräften auch ein Sicherheitsrisiko für EZ-Organisationen werden, die damit in den Ruch der Parteilichkeit geraten. Um diese Gefahr zu mindern, müssten zivile und militärische Akteure ihre Rollen im Einsatz klar definieren und gegeneinander abgrenzen. Dies erfordere eine deutliche Absteckung von Identitäten, Mandaten und Arbeitsgebieten. Anzustreben sei eine klare Trennung der Aufgaben. Hier bestehe aber auf Seiten der Bundeswehr eine Abhängigkeit von Entscheidungen aus der Politik, die z.T. CIMIC-Arbeit ohne militärischer Erwägungen anweise, wie bei der Vorbereitung einer Flüchtlingsrückführung nach Bosnien 1996 und 1997 geschehen.

Gleichermaßen wurde vor einer Verselbständigung von CIMIC-Projekten gewarnt. Zivile und militärische Akteure müssten gemeinsam darauf hinwirken, die Einsatzzeit zu verkürzen, Verantwortung an einheimische Kräfte zu übergeben und die Schaffung von Abhängigkeiten zu vermeiden. Ebenso sei die Gefahr des „Mission Creep“ nicht zu unterschätzen. Militärische CIMIC-Projekte erhielten leicht eine Eigenlogik, die die Grenzen des Mandats überschreite. Zur Überwindung dieses Problems wurde ein Rückzug aus der projektorientierten Arbeit hin zu einem Gesamtkonzept befürwortet. Als mögliche Lösung wurde das „Civil Affairs“-Modell der US-amerikanischen Armee diskutiert, dies sei aber für die Bundeswehr aufgrund verfassungsrechtlicher Grenzen nicht umsetzbar.

Vertreter der Streitkräfte betonten, die Bundeswehr habe noch nicht viele Erfahrungen mit ZMZ gemacht. Erst mit Beginn der Auslandseinsätze deutscher Soldaten sei das Thema der zivil-militärischen Beziehungen im Ausland (ZMZ/A) thematisiert worden. Konzeptionell bearbeite die Bundeswehr diesen Bereich erst seit wenigen Jahren und befinde sich noch immer in einem Lernprozess (vgl. BMVg: Teilkonzeption Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr, Oktober 2001). In der Einsatzsituation verfare das Militär noch oft mittels *learning by doing*. Hierzu wurde angemerkt, dass die Bundeswehr z.B. in Bosnien und im Kosovo sogar länger

präsent sei als die zivilen Organisationen. Aufgrund dieser längeren Verweildauer sollte das Militär auch die Nachhaltigkeit der eigenen Maßnahmen prüfen sowie entwicklungspolitische Gedanken in die Einsatzplanung aufnehmen. Demgegenüber stehe jedoch das Interesse des Militärs nach einer schnellen Erreichung des Einsatzziels.

Als weiteres Problemfeld wurde die Koordination der verschiedenen Akteure vor Ort identifiziert. Oft wisse die Bundeswehr nicht, welche internationalen Organisationen im Einsatzgebiet aktiv seien, obwohl die deutschen Botschaften anböten, Kontakte und Informationen zu vermitteln. Hinzu kommt, dass einheimische NGOs oft von Treffen und Kooperationsmöglichkeiten ausgeschlossen blieben. Deswegen würden ausländische Kräfte – zivile oder militärische – bei den Einheimischen oft als distanziert und eigeninteressiert gelten. Das Endresultat seien parallele Strukturen ausländischer und einheimischer Hilfe. Auch dieses Problem könne nur durch ein Gesamtkonzept überwunden werden, das alle Akteure integriere.

b. Konzeptionelle Ebene

Die konzeptionelle Ebene zivil-militärischer Zusammenarbeit wurde in einer Diskussion zwischen Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Ulrike von Pilar (Ärzte ohne Grenzen) und Oberst Jobst Echterling erörtert.

Kühne erklärte einleitend, dass das ZIF eng mit dem Bund zusammenarbeite. Es sehe sich daher nicht in einer zivil-militärischen Dichotomie, sondern verfolge einen integrierten Einsatz bei Friedenseinsätzen. Die Akteure in diesen Einsätzen ließen sich vier Pfeilern zuordnen: Militär, Polizei, zivile Fachkräfte und humanitäre Hilfe. Ziviles Personal dürfe vor Ort keine Berührungängste haben. Ein weiterer zentraler Bestandteil der Ausbildung am ZIF sei das Sicherheitstraining. Dazu verbrächten die Friedensfachkräfte mehrere Tage in speziellen Kursen bei der Polizei und der Bundeswehr. Elemente dieser Lehrgänge sind u.a. Minentraining, Heckenschützentraining, Autofahren, Geiselnahmen und der Umgang mit Checkpoints. Trotz der überwiegend nicht-militärisch orientierten Klientel, aus der sich die Auszubildenden zumeist rekrutierten, sei die Resonanz sehr positiv und trage zu einem deutlichen Abbau von Vorurteilen auf allen Seiten bei. Nicht zuletzt deswegen sei die Zusammenarbeit des ZIF mit Polizei und Militär sehr gut.

Von Pilar berichtete, Ärzte ohne Grenzen arbeite als internationale NGO mit humanitärer Zielsetzung besonders in akuten Konflikten und selbst in Kriegsgebieten. Der Anspruch an die Unparteilichkeit der eigenen Arbeit sei daher Grundvoraussetzung für die Arbeit vor Ort (von Ärzte ohne Grenzen). Daher beziehe die Organisation nur selten politische Positionen und äußere sich prinzipiell nicht zur Frage der Legitimität militärischer Interventionen.

Trotz unterschiedlicher Interessen und Strukturen gebe es enge Kontakte zu Bundeswehr, sowohl in Deutschland wie auch in den Einsatzländern. Sie beklagte, dass humanitäre Hilfe seit 1990 zunehmend als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt würde. Aufgrund dieser Verwischung der Profile würde Ärzte ohne Grenzen zuweilen als Teil einer westlich gesteuerten Intervention angesehen. Dies gefährde z.B. das seit 23 Jahren durchgängig laufende

Engagement von Ärzten ohne Grenzen in Afghanistan. Wenn militärische Einsätze mit humanitären Motiven begründet und legitimiert würden (wie geschehen durch Verteidigungsminister Struck in der Debatte um den Einsatz im afghanischen Kunduz), dann politisiere dies die humanitäre Hilfe und nehme Ärzte ohne Grenzen in den Augen der Einheimischen die so wichtige Neutralität. Sie forderte, eine Inflation des Begriffes ‚humanitär‘ zu vermeiden – im CIMIC-Rahmen sollte eher von ‚vertrauensbildenden Maßnahmen‘ gesprochen werden.

Aus diesen Gründen distanzieren sich Ärzte ohne Grenzen von humanitärem Engagement durch militärische Akteure. Von Pilar erklärte aber, dass man sich gleichzeitig in einem Dialog mit der Bundeswehr befinde, um Verständnis für diese Distanz zu wecken. Abschließend betonte sie, dass die Aufgaben und Rollen militärischer und ziviler Akteure im Krisengebiet klar abgegrenzt werden müssten. Oberst Echterling berichtete, dass die Bundeswehr einige Zeit brauche, um ein eigenständiges Konzept von ZMZ zu entwickeln. ZMZ sei für die Bundeswehr ein Mittel zur *force protection* und diene der allgemeinen Streitkräfteunterstützung. Darüber hinaus habe ZMZ jedoch auch die Aufgabe, die Beziehungen zu den EZ-Organisationen zu koordinieren und das Militär über die Tätigkeiten der zivilen Seite zu informieren. Schließlich wirke ZMZ auch beratend für die militärische Führung, indem es die Situation des Landes darstelle. Die Bundeswehr übernehme zivile Aufgaben insofern aus ganz pragmatischen Erwägungen. Allerdings werde immer eine möglichst rasche Übergabe der Hilfsprojekte Behörden, NGOs oder GOs angestrebt.

Echterling berichtete, dass Anfang 2003 bei der Bundeswehr eine Lehrgangsausbildung für CIMIC-Kräfte etabliert wurde. Bisher konnte die Bundeswehr nicht auf eine gewachsene Ausbildung für seine CIMIC-Kontingente zurückgreifen. Seit dem 1. April 2003 gebe es das CIMIC-Battalion in Nienburg, welches 116 SoldatInnen umfasst, die für Einsätze gezielt durch Fachpersonal verstärkt werden. Diese SoldatInnen erhielten eine spezialisierte Ausbildung für die Vorbereitung eines Einsatzes, wo auch NGO-Vertreter als Referenten aufträten. Weiterhin würden an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) einwöchige Lehrgänge für militärische und zivile VertreterInnen abgehalten.² Gerade bei den Lehrgängen für ZMZ/A gebe es bislang nur geringe Resonanz von ziviler Seite. Echterling rief dazu auf, dieses Angebot verstärkt zu nutzen, da dies ein Forum darstelle, in dem Interessenunterschiede offen thematisiert werden könnten.

Mehrere TeilnehmerInnen äußerten Besorgnis über das Verhältnis ziviler und militärischer Akteure beim bevorstehenden Bundeswehr-Einsatz in Kunduz (Afghanistan). Es wurde kritisiert, dass Bundesverteidigungsminister Struck die Mission mit dem Schutz der dort arbeitenden zivilen Organisationen begründete. Weil die Bundeswehr dort die Arbeit des US-amerikanischen Provincial Reconstruction Teams übernehme, würde sie, auch wenn sie dort andere Konzepte verfolge, von den Einheimischen mit den US-Militär gleichgesetzt und gälten somit als Handlanger der Zentralregierung und des Verteidigungsministers Fahim. Diese Wahrnehmung würde dann allzu leicht auf die NGOs übertragen, die ja anscheinend „unter dem Schutz“ der SoldatInnen stünden. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Einsatz lediglich 250 Personen umfasse und diese gar nicht in der Lage seien, für

² Programm unter <http://www.bzs.bund.de/semi2004/semi2004.htm>

umfassende Sicherheit in der Region zu sorgen. Die CIMIC-Komponente diene dort eher der Informationsgewinnung und der Unterstützung der afghanischen Regierung. Das Beispiel Afghanistan zeige deutlich, dass es konzeptionelle Defizite bei Friedenseinsätzen in großen Ländern gebe, wo man nicht wie im Kosovo oder in Ost-Timor das ganze Land mit internationalen Truppen abdecken könne. Es sei unklar, ob „Insellösungen“ wie Kunduz die geeignete Antwort auf diese Defizite seien.

Darüber hinaus riefen mehrere TeilnehmerInnen zu einer differenzierteren Analyse auf. Die Problemlage bzw. der Zeithorizont eines Einsatzes unterschieden sich sehr stark für zivile Friedenskräfte, humanitäre Hilfsorganisationen und Entwicklungs-NGOs, ebenso bei verschiedenen Mandate der Bundeswehr, z.B. in Kosovo (wo sie faktisch hoheitliche Gewalt ausübt) oder in Kunduz (wo sie die Arbeit von Polizei, AA und BMZ absichert). Zu beachten sei auch der zeitliche Ablauf: befindet sich das Land in einer heißen Phase, in der Konfliktbearbeitung oder bereits im Wiederaufbau? Auch die Reaktion der Bevölkerung könne variieren: wie ist die Mission legitimiert, wie hoch ist die Akzeptanz? Auch der kulturelle, historische und politische Kontext dürfe nicht vernachlässigt werden. Analytisch sei zu fragen, unter welchen Bedingungen eine zivil-militärische Annäherung mehr oder weniger sinnvoll ist. Diese Komplexität erfordere von allen Beteiligten einerseits Kompromissbereitschaft und pragmatische Entscheidungen, andererseits jedoch eine Schärfung der eigenen Identität und der eigenen Darstellung.

Die Unterschiede der Akteure böten jedoch auch Chancen, wenn sich die verschiedenen Parteien als komplementär verstünden. So sei eine gegenseitige Ergänzung der Kompetenzen möglich. Komplementarität entstehe allerdings nur durch Austausch und die Auseinandersetzung entlang konkreter Problemstellungen. Das vorrangige Ziel sei die Überwindung des noch immer vorhandenen Unkenntnisses auf allen Seiten. Gleichzeitig gebe es auch ein starkes Bedürfnis nach Begegnung sowie nach Sensibilisierung für die unterschiedlichen Interessen, Mandate und Kulturen der Beteiligten.

Es wurden mehrere Mittel genannt, mit denen der Austausch beider Seiten intensiviert werden könne. Erstens sei dies ein verstärkter Kontakt in Deutschland. Auf gemeinsamen Lehrgängen und Veranstaltungen könnten Kompetenzen und Sichtweisen ausgetauscht werden. Eine Institutionalisierung dieses Austauschs, wie bereits jetzt durch die Angebote des AKNZ und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) teilweise geschehen, sei vonnöten. Zweitens sei die im Einsatzland vielfach praktizierte „Nachbarschaftshilfe“, d.h. die Nutzung von Bundeswehrinfrastruktur durch NGOs sowie gemeinsame Koordinierungstreffen, weiterzuführen. Drittens könne Kooperation auch in der Einsatzplanung geschehen. Dies äußere sich in einer gemeinsamen Lagefeststellung der beteiligten Akteure sowie in einem gegenseitigen Austausch über Handlungsstrategien. Hierbei könnten auch die deutsche Entwicklungspolitik und lokale Partner miteinbezogen werden.

Es wurden zwei konkrete Vorschläge entwickelt, auf welche Weise diese Kooperation in nächster Zukunft stattfinden könnte. Eine Möglichkeit wäre eine „Katastrophenübung“, d.h. die gemeinsame Bearbeitung eines potentiellen Krisenlandes. Vertreter aller Seiten sollten anhand realer Daten und Ressourcen eine umfassende Strategie zur Bearbeitung einer Krisensituation entwickeln. Eine vorausschauende Erarbeitung von Szenarien und Strategien könnte auch handlungsleitend für die Politik wirken. Problematisch sei hier jedoch die dünne

Personaldecke vieler NGOs, die für eine solche Übung nicht ausreichend ausgestattet wären. Hier gäbe es noch viele organisatorische Fragen zu klären, z.B. in welchem Rahmen und mit welchen TeilnehmerInnen eine solche Übung stattfinden könne. Es wurde daran erinnert, dass das Auswärtige Amt Planspiele zur Szenarienentwicklung durchführt.

Ebenfalls aufgeworfen wurde die Möglichkeit eines Lernbeispiels: zivile, militärische und politische Akteure sollten den Verlauf eines konkreten Einsatzes evaluieren. Hierbei wurde die analytische Begleitung des Kunduz-Einsatzes angeregt, da dort stärkere Koordination notwendig sei. Aus einem solchen konkreten Beispiel ließen sich weiteren Chancen und Risiken destillieren.

III. Zusammenfassung

Zum Ende der Diskussion fasste Angelika Spelten (INEF) die im Laufe des Gesprächs aufgeworfenen Punkte zusammen. Sie stellte fest, dass es eine Vielzahl von Kontakten gebe, aus denen positive wie negative gemeinsame Erfahrungen resultierten. Gerade im technischen und organisatorischen Bereich, z.B. im Informationsaustausch und im gegenseitigen Wissen, gebe es aber noch Defizite. Auch seien die Zielsetzungen aller Beteiligten mitunter unklar. Sie identifizierte vier Aspekte der Debatte als Strukturierungshilfe für das weitere Vorgehen:

- Die Sicherheitskonzepte von ziviler und militärischer Seite sind in den unterschiedlichen Konfliktphasen sehr verschieden. Dazu gehört auch, dass Chancen und Risiken sehr kontextspezifisch sind.
- Die Mandate auf humanitärer, militärischer und EZ-Seite sind z.T. sehr variabel.
- Damit in Zusammenhang steht auch die Legitimation des Einsatzes und die Akzeptanz durch die Bevölkerung. Dies beeinflusst insb. die Chancen für die NGOs in der ZMZ.
- Was ist übertragbar? Von Einsatz zu Einsatz variieren eine Vielzahl von Faktoren: Region, Größe des Landes, Kapazitäten, Mittel, Zeit sowie die kulturelle Kompetenz der Akteure.

Abschließend formulierte sie die These: die Bundeswehr möchte die Voraussetzungen für Nachhaltigkeit schaffen, schafft diese Nachhaltigkeit aber nicht selber. Die extern erzwungene Stabilisierung der Situation muss langfristig in eine intern getragene Stabilität transformiert werden. Die Akteure dieser Transformationen sind EZ- und Friedensorganisationen. Müssten diese demzufolge nicht schon in die Mandatsdefinition einbezogen werden?

Anhang I: Liste der TeilnehmerInnen

1	Anja Dargatz	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und Gruppe Friedensentwicklung/FriEnt
2	OTL i.G. Christian Duhr	Auswärtiges Amt – GF MB – Militärischer Berater der Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
3	Detlef Dzembitzki	Deutscher Bundestag – Stellvertretender Vorsitz Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ordentliches Mitglied Auswärtiger Ausschuss, Unterausschuss Vereinte Nationen des Auswärtigen Ausschusses
4	Oberst Jobst Echterling	Bundesministerium für Verteidigung – Leiter der Abteilung G5 des Streitkräfteunterstützungskommandos
5	Willi Erl	Vertreter des Forums Ziviler Friedensdienst (ZFD) im Konsortium ZFD
6	Dr. Martin Fleischer	Auswärtiges Amt – Leiter des GF 02: Vereinte Nationen: Krisenprävention; zivile Beteiligung an friedenserhaltenden und –schaffenden Maßnahmen
7	Aloys Funke	Pax Christi Deutschland
8	Peter Girke	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
9	Dr. Wolfgang Heinrich	Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
10	OTL Bernd Heydecke	Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk) - Zentrum Führung Gemeinsamer Operationen - Dozent J9 ZMZ/CIMIC
11	Ulrike Hopp	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – Berlin
12	Katharina Hübner-Schmid	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Gruppe Friedensentwicklung/FriEnt
13	Marei John	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – Referentin für Südasien
14	Ernst Keim	Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD)
15	Dr. Stephan Klingebiel	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) – Leiter der Abteilung II (Subsahara Afrika)
16	Traudel Köhler	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – Berlin
17	Veronika Krystek	Auswärtiges Amt – GF 07 – Referentin für zivil-militärische Zusammenarbeit bei Humanitärer Hilfe
18	Dr. Winrich Kühne	Direktor des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)
19	Klaus Liebetanz	Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

20	Kerstin Lück	Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD): Abtlg. Qualifizierung sowie FH Potsdam: Konfliktmanagement und Mediation
21	Carsten Meyer	Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD) – Projektreferat
22	Prof. Dr. Angela Mickley	FH Potsdam
23	Dr. Barbara Müller	Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) und Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
24	Stephan K. Ohme	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats
25	Dr. Ulrike von Pilar	Ärzte ohne Grenzen – Generalsekretärin
26	Katja Roehder	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
27	Frauke Rolenc	Brot für die Welt – Abteilung für Politik und Kampagnen
28	Bosiljka Schedlich	südost Europa Kultur e.V.
29	Saskia Sell	Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und Zentrum für Konfliktforschung/Universität Marburg
30	Angelika Spelten	Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
31	Jochen Steinhilber	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – Referat Entwicklungspolitik – Koordinator Global Governance
32	OTL Eduard Szczepanski	Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) -Kompaniechef der CIMIC Kompanie in der German-Italian-Battle-Group (GE IT BG) in RAJLOVAC (BiH))
33	Christine Tötze	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – Berlin
34	Sabine Wagner	Studentin postgraduierter Studiengang Friedensforschung und Sicherheitspolitik
35	Dr. Christoph Weller	Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
36	Susann Worschech	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) - Referat 202: Krisenprävention und Friedensentwicklung

Anhang II: Kurzvorstellung Institut Entwicklung und Frieden (INEF), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und Charta der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das INEF ist eine Forschungseinrichtung der Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg. Es wurde 1990 gegründet zur wissenschaftlichen Begleitung der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF). Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Frieden besonders in der Dritten Welt zu untersuchen, die globalen Interdependenzen von Sicherheit, Weltwirtschaft und Umwelt zu verdeutlichen, den nationalen und internationalen Dialog über globale Interdependenzen und Trends anzuregen, Anstöße für politisches Handeln aus globaler Verantwortung in Nord und Süd, Ost und West zu geben und über globale Zusammenhänge öffentlich aufzuklären. Dazu leistet die anwendungsorientierte Forschung des Instituts für Entwicklung und Frieden die wissenschaftlichen Grundlagen.

Das INEF beschäftigt sich interdisziplinär mit globalen Trends und Global Governance, den Zusammenhängen zwischen Entwicklung und Frieden in Entwicklungsländern, den globalen Interdependenzen von Wirtschaft, Umwelt und Sicherheit, Entwicklungsperspektiven von Entwicklungsländern in der Weltwirtschaft, dem Zusammenspiel von Staaten, Internationalen Organisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Weltpolitik sowie mit den Prozessen von Gewaltprävention und ziviler Konfliktbearbeitung. Seine Studien sind häufig gerade an den Schnittstellen von Friedens- und Entwicklungspolitik angesiedelt und behandeln damit viele der aktuell diskutierten Fragen von Krisen- und Gewaltprävention, Staatszerfall, Gewaltökonomien, ziviler Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung.

Das INEF hat sich sowohl in der Entwicklungsforschung als auch in der Friedensforschung ein hohes Renommee erworben. Die alle zwei Jahre erscheinende Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen in Weltgesellschaft, Weltwirtschaft, Weltökologie und beim Weltfrieden "Globale Trends" (Fischer Taschenbuch Verlag) ist zu einer der Standardpublikationen der Globalisierungsdebatte geworden. Als eines der großen deutschen Friedensforschungsinstitute ist das INEF Mitherausgeber des jährlich erscheinenden "Friedensgutachtens" (Lit-Verlag).

Kontakt: www.inef.de ; Institut für Entwicklung und Frieden, Geibelstr. 41, 47057 Duisburg, Tel.: 0203/379-44 20, Fax: -4425; E-Mail: INEF@uni-duisburg.de

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung

- die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern,
- begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen
- zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen

Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern der Welt und wird im Wesentlichen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt finanziert. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Dabei ist die FES dem Prinzip der Nachhaltigkeit ebenso verpflichtet wie dem Do no harm-Ansatz, der den Schwerpunkt innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung auf die Stärkung verbindender Kräfte und auf die lokalen Friedenspotentiale legt. Zivile Konfliktbearbeitung umfaßt sämtliche vor, während, oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen der gezielten Einflussnahme auf die Konflikursachen, sie umfaßt sowohl die Kontrahenten und ihre Dialogformen als auch die gezielte Stärkung des friedlichen Potenzials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en).

Kontakt:

FES Referat Entwicklungspolitik, Godesberger Alle 149, 53175 Bonn, www.fes.de/conflictprevention
T.: 0049-228-883-527/535-3672 F.; 0049-228-883-696 Email: konfliktbearbeitung@fes.de

Das Institut für Entwicklung und Frieden/ die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und die Friedrich-Ebert-Stiftung sind mit je einer Mitarbeiterin in der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) vertreten, www.frient.de

Charta Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Präambel

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Welt vor einem unerträglichen Ausmaß an Gewalt, insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten. Die Reduzierung und Überwindung dieser Gewalt erfordern vorrangig und zunehmend eine Entfaltung vielfältiger Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Dazu ist es notwendig, daß sich Nicht-Regierungsorganisationen vermehrt engagieren und die Fähigkeit in der Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktbearbeitung insgesamt gestärkt wird.

Artikel 1: Ziele

Die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ ist ein offenes Netzwerk von Personen, Organisationen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihrerseits Teil einer internationalen Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure sind. Sie zielt darauf ab, die in diesem Netzwerk Beteiligten bei ihrer gewaltmindernden Arbeit zu unterstützen, miteinander zu verbinden und in ihrer Arbeit vor Ort effektiver zu machen. Sie unterstützt die Beteiligten bei ihrem Bemühen, eine konstruktive, Frieden fördernde Transformation von Konflikten voranzubringen durch

- 1.1. Krisen- und Gewaltprävention;
- 1.2. Deeskalationsbemühungen und Streitbeilegung;
- 1.3. Aufbau- und Versöhnungsarbeit;
- 1.4. die Stärkung der Konfliktfähigkeit benachteiligter Gruppen;
- 1.5. die Verbreitung von demokratischen Streit-Kulturen und die Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz bei Konflikten zwischen Gruppen.

Artikel 2: Aufgaben

Die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ sieht als ihre zentralen Aufgaben an,

- 2.1. die Informationsbasis über das Arbeitsfeld der zivilen Konfliktbearbeitung so zu verbreitern, daß die Vielfalt der bereits vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen besser genutzt und der Austausch zwischen verschiedenen Handlungsfeldern sowie die Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen erleichtert werden (Informations-Funktion);
- 2.2. in der Öffentlichkeit den Kenntnisstand über die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Notwendigkeit zu erhöhen und die gesellschaftliche Basis für zivile Konfliktbearbeitung zu verbreitern (Öffentlichkeits- und Bildungsfunktion);
- 2.3. in gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die zivile Konfliktbearbeitung und ihren Vorrang, eine Stärkung ihrer Potentiale sowie ihre Ausstattung mit Ressourcen einzutreten sowie die Verankerung der zivilen Konfliktbearbeitung in politischen Programmen und Handlungsfeldern zu fördern (Lobby-Funktion);
- 2.4. die wechselseitige fachliche Beratung und Unterstützung zu fördern sowie die Entwicklung von Qualitätsstandards und die Evaluation von Vorhaben, Methoden und Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung zu unterstützen (Beratungs-, Unterstützungs- und Professionalisierungsfunktion);
- 2.5. die Verbindungen zu anderen nationalen Plattformen, zur europäischen Plattform und zu internationalen Organisationen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung herzustellen und zu fördern (internationale Vernetzungsfunktion).

Artikel 3: Grundsätze und Arbeitsweise

Die Plattform ist keine Mitgliedsorganisation, sondern ein gemeinsames Projekt von teilhabenden Personen, Organisationen und Einrichtungen aus den Feldern Friedensarbeit, Menschenrechtsarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie derjenigen wissenschaftlichen Arbeit, die auf alle diese Bereiche bezogen ist. Die Zusammenarbeit innerhalb der Plattform berücksichtigt die Handlungsspielräume und Interessen aller Teilhabenden. Die Gremien der Plattform arbeiten konsensorientiert auf der Grundlage einer Geschäftsordnung.

Die Plattform orientiert sich an den Prinzipien der Subsidiarität, Dezentralität und Arbeitsteilung und ist dem Grundsatz der Synergieschaffung verpflichtet:

3.1. Alles, was von einzelnen Teilhabenden im Sinne der Ziele der gesamten Plattform angeboten und geleistet wird, soll anderen bekannt gemacht und von ihnen genutzt werden können.

3.2. Alles, was einzelne Teilhabende im Sinne der Ziele der gesamten Plattform leisten können, sollte von ihnen übernommen, ausgeführt und für die anderen nutzbar gemacht werden.

3.3. Zur Bearbeitung von Vorhaben, die das Zusammenwirken verschiedener Teilhabender erfordert, werden Projektgruppen gebildet, die für eine befristete Zeit zusammenarbeiten. Alles, was in gemeinsamen Projekten realisiert wird, sollte einen deutlichen „Mehrwert“ aufweisen.

Die Plattform ist für alle diejenigen offen, die sich den gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen.

Der Plattform kann beigetreten werden, indem diese Charta unterzeichnet wird. Weitere Informationen und Möglichkeiten zum Beitritt auf der Homepage: **www.konfliktbearbeitung.net**